



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 29
21.07.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 40 % und 38 %, SPD zwischen 25 % und 22 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen leicht
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
Flüchtlinge:	Mehrheitlich keine Sorgen über die hohen Flüchtlingszahlen in Deutschland; allerdings sehen die Bürger eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Situation
Wichtigstes Thema:	G20-Gipfel

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	IfD Allensbach² für FAZ	FG Wahlen³ für ZDF
CDU/CSU	40 (+1)	38 (-)	39,5 (-0,5)	40 (-)
SPD	22 (-)	25 (-)	25,0 (+1,0)	24 (-)
FDP	8 (-)	8 (+1)	9,0 (-1,5)	8 (-)
DIE LINKE	9 (-)	9 (-)	9,0 (+0,5)	8 (-1)
B'90/Grüne	8 (-)	8 (-)	7,0 (-)	8 (-)
AfD	7 (-1)	8 (-)	7,0 (+0,5)	8 (+1)
Sonstige	6 (-)	4 (-1)	3,5 (-)	4 (-)
Erhebungszeitraum	10.-14.07.	13.-19.07.	01.-12.07.	18.-20.07.

Die Union liegt bei forsa 18 (+1), bei FG Wahlen 16 (-), bei IfD Allensbach 14,5 (-1,5) und bei Emnid 13 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	FG Wahlen³ für ZDF
Merkel	52 (+1)	59 (-)
Schulz	22 (-)	30 (-)
keinen von beiden	26 (-1)	
weiß nicht/spontan: keinen		11 (-)
Erhebungszeitraum	10.-14.07.	18.-20.07.

Angela Merkel liegt bei forsa 30 (+1) und bei FG Wahlen 29 (-) Prozentpunkte vor Martin Schulz.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (23.07.2017)

² im Vergleich zur KW 25

³ im Vergleich zur KW 27

Problemlösungskompetenz

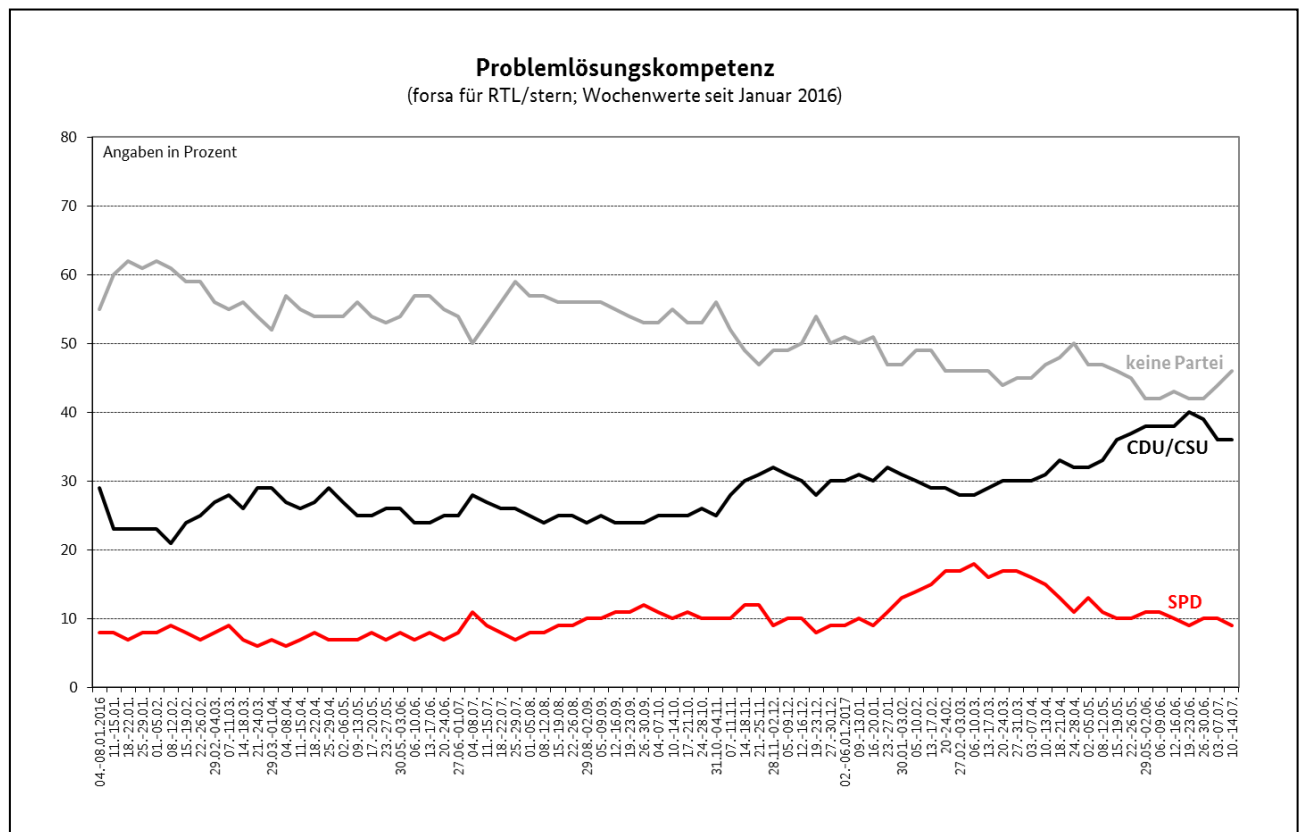
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	36	(-)
SPD	9	(-1)
sonstige Parteien	9	(-1)
keine Partei	46	(+2)
Erhebungszeitraum	10.-14.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 27 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

46 % (+2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

77 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 38 % (-4) von ihrer Partei.



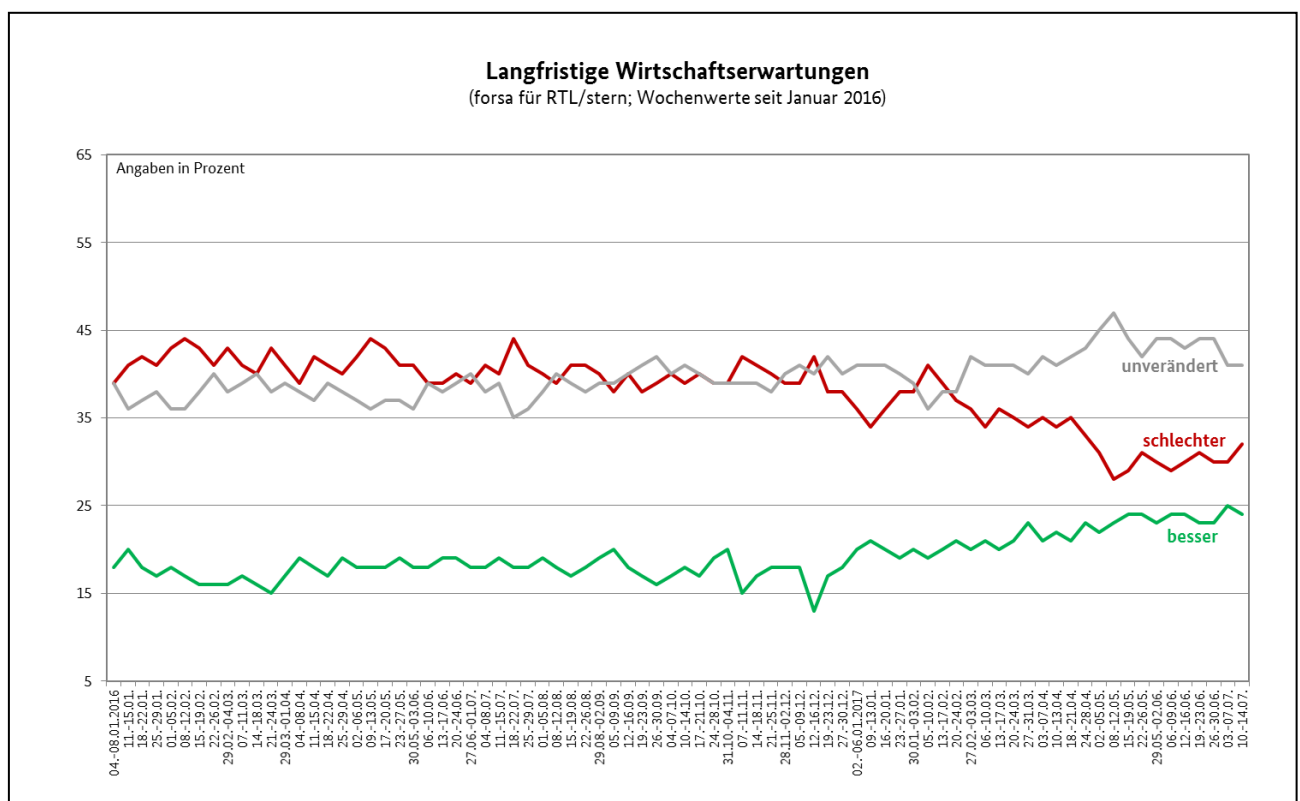
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	24	(-1)
schlechter	32	(+2)
unverändert	41	(-)
Erhebungszeitraum	10.-14.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 8 (+3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 26

	forsa für BPA	
besser als vor einem Jahr	16	(-)
schlechter als vor einem Jahr	14	(-1)
genauso wie vor einem Jahr	68	(-)
Erhebungszeitraum	10.-14.07.	

Unter 30-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (23 % zu 9 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (22 % zu 10 %).

Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 26

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	22	(-)
in einem Jahr schlechter	12	(+3)
ungefähr so wie jetzt	65	(-2)
Erhebungszeitraum	10.-14.07.	

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (40 % zu 9 %).

Geringverdiener (19 %) gehen überdurchschnittlich häufig von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage aus.

Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 26

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	47	(-1)
zurzeit eher ungünstig	43	(-)
Erhebungszeitraum	10.-14.07.	

Gutverdiener sind häufiger als Geringverdiener (61 % zu 37 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre, und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (56 % zu 29 %).

Ostdeutsche (52 %) und unter 30-Jährige (48 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, man sollte sich zurzeit mit größeren Anschaffungen eher zurückhalten.

Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 26

	forsa für BPA	
eher optimistisch	52	(-2)
eher pessimistisch	28	(+3)
Erhebungszeitraum	10.-14.07.	

Gutverdiener glauben häufiger als Geringverdiener, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen (64 % zu 43 %).

Personen mit einfacher formaler Bildung (35 %) und Ostdeutsche (34 %) glauben überdurchschnittlich oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.

Machen Sie sich Sorgen darüber, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	Emnid für BPA
mache mir Sorgen	44 (+4)
mache mir keine Sorgen	54 (-3)
Erhebungszeitraum	12.-18.07.

Ostdeutsche (54 %) und 50- bis 59-Jährige (51 %) sowie Anhänger der AfD (87 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge in Deutschland sind. Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung sind mehr besorgt als Personen mit hoher formaler Bildung (52 % zu 31 %).

Unter 30-Jährige (60 %) sowie Anhänger der Grünen (81 %) und der Linkspartei (68 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.

Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	kurzfristig	langfristig
eher Vorteile	4 (-3)	24 (+5)
eher Nachteile	53 (+5)	32 (-)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	36 (-4)	36 (-7)
Erhebungszeitraum	12.-18.07.	

Kurzfristig sehen Ostdeutsche (64 %), 40- bis 59-Jährige (60 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (59 %) sowie Anhänger der AfD (97 %), der FDP (62 %) und der SPD (59 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (88 %), der SPD (38 %), Personen mit einfacher formaler Bildung (43 %), 40- bis 59-Jährige (41 %) und Ostdeutsche (40 %) eher Nachteile. Hingegen sehen Personen mit hoher formaler Bildung (37 %), 30- bis 39-Jährige (34 %) sowie Anhänger der Linkspartei (50 %) und der Grünen (40 %) langfristig überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Unter 30-Jährige sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen (kurzfristig: 46 %, langfristig: 48 %).

Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	Emnid für BPA
eher voran	29 (-)
eher nicht voran	62 (-1)
Erhebungszeitraum	12.-18.07.

Anhänger der FDP (54 %) und der Union (39 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher formaler Bildung (38 % zu 23 %).

Hingegen meinen insbesondere 30- bis 59-Jährige (68 %) sowie Anhänger der AfD (89 %), der Linkspartei (83 %) und der SPD (69 %) dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation eher nicht vorankommt.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
G20-Gipfel	30 (-44)
Politische Situation in der Türkei allgemein	15 (+13)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	10 (+5)
US-Präsidentschaft Donald Trump	8 (+1)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	8 (+6)
Bundestagswahl, Wahlkampf	5 (+5)
Erhebungszeitraum	18.-19.07.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem G20-Gipfel. Überdurchschnittlich häufig sehen Personen mit hoher formaler Bildung (35 %) sowie Anhänger der Linkspartei (47 %) und der FDP (43 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Anhänger der AfD (20 %) und der Grünen (25 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der AfD (23 %) und der SPD (21 %) erwähnen die politische Situation in der Türkei besonders häufig. Anhänger der AfD nennen auch die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik (20 %) und das Thema "Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" (38 %) überdurchschnittlich oft.

